
Narrative der Entnazifizierung

Hanne Leßau

Jenseits der „gescheiterten Entnazifizierung“

Perspektiven einer neuen Geschichte der politischen Überprüfung der Deutschen nach 1945

1

Was war die Entnazifizierung? Mit Blick auf die umfangreiche Literatur zum Thema scheint die Frage abschließend geklärt. Seit die Geschichtswissenschaft in den 1970er Jahren ausgehend von Lutz Niethammers bahnbrechender Untersuchung die politische Überprüfung der Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren als Forschungsgegenstand entdeckte, hat sich ein intensives Interesse an der Entnazifizierung entwickelt, das bis heute anhält.¹ Zahllose Untersuchungen sind daraus hervorgegangen, die die politische Überprüfung mit verschiedenen Forschungsfragen für unterschiedliche Regionen, in verschiedenen Institutionen oder mit Blick auf einzelne Betroffenengruppen diskutiert haben. Daraus entstanden im Detail durchaus vielschichtige und kontroverse Einschätzungen zur Entnazifizierung, die sich in ihrer grundlegenden Bewertung allerdings ausgesprochen einig sind: Nahezu allen Historiker:innen galt und gilt die Entnazifizierung in doppelter Hinsicht als gescheitert.

Erstens habe die Entnazifizierung in ihrer Durchführung das Gegenteil von dem erreicht, wofür die Alliierten sie ins Leben gerufen hatten. Das Prüfprogramm, das Nationalsozialisten unter den Nachkriegsdeutschen identifizieren und aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben des neuen demokratischen Deutschlands habe entfernen sollen, habe tatsächlich eine weitgehende Rehabilitierung ‚belasteter Personen‘ vorangetrieben, die nach dem Abschluss ihrer Entnazifizierungsverfahren in großer Zahl in ihre früheren beruflichen Stellungen zurückgekehrt seien. Personen mit problematischen Biografien seien damit in die Nachkriegsgesellschaft integriert statt ausgeschlossen worden.

¹ Siehe zum Forschungsstand als noch immer hilfreichen Überblick Cornelia Rauh-Kühne: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft. In: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70 sowie als aktuelle Zusammenfassung Hanne Leßau: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit. Göttingen 2020, S. 13–19.

Zugleich habe *zweitens* in den Entnazifizierungsverfahren die angesichts von Kriegszerstörungen und nationalsozialistischer Massenmorde gebotene Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nicht stattgefunden. Statt die eigene Rolle in der nationalsozialistischen Diktatur und in deren Menschheitsverbrechen zu reflektieren, hätten sich die zu Überprüfenden strategisch geschickt durch die Prüfprozeduren laviert. Wo nötig hätten sie geschönt, gelogen und betrogen, ohne von den Entnazifizierungsgremien hieran gehindert worden zu sein. Das Ziel, durch eine „Befreiung vom Nationalsozialismus“ die gesellschaftliche Grundlage für die neue Demokratie zu schaffen, habe die Entnazifizierung so nicht erreichen können. Sie müsse vielmehr, so die allgemeine These, selbst als eine vergangenheitspolitische Hypothek begriffen werden, von der sich die Bundesrepublik in den nachfolgenden Jahrzehnten mühsam habe befreien müssen oder noch befreien muss. Noch heute werden aktuelle politische Fehlentwicklungen auf eine ausgebliebene Vergangenheitsaufarbeitung in der „gescheiterten Entnazifizierung“ zurückgeführt.²

Ich habe Zweifel an dieser kanonisierten Sichtweise. Nicht daran, dass fast alle Überprüften ihre Verfahren mit nur geringen oder ohne Sanktionen verließen und ihre beruflichen Karrieren im Nachkrieg fortsetzten. Aber an der These einer in der Entnazifizierung ausgebliebenen Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer NS-Vergangenheit. Betrachtet man den gegenwärtigen Forschungsstand nämlich genauer, zeigt sich, dass diese These auf erstaunlich schwachen Füßen steht. Die zahlreichen Entnazifizierungsstudien der letzten 40 Jahre haben sich intensiv und mit Hilfe unterschiedlicher Quellen mit den administrativen Vorgaben, institutionellen Rahmenbedingungen, parteipolitischen und gesellschaftlichen Diskussionen sowie den Gesamtbilanzen der Entnazifizierung in den unterschiedlichen Besatzungszonen beschäftigt. Das Verhalten der zu Überprüfenden und ihre mit den Prüfverfahren verbundenen Erfahrungen und Wahrnehmungen wurden hingegen fast ausschließlich indirekt betrachtet, indem Historiker:innen aus Verfahrensverläufen und -ausgängen hierauf zurückschlossen. Und vor allem das Endergebnis der Entnazifizierung schien ihnen ganz im Sinne der bereits zeitgenössischen Stereotype nur als Ergebnis von Lug und Trug, von Trickserei und Schönfärberei erklärbar. Genauere empirische Untersuchungen schienen aus dieser Perspektive nicht die Mühe wert.

Insofern sind trotz des umfangreichen Forschungsinteresses an der Entnazifizierung selbst basale Fragen zu ihrer Praxis- und Erfahrungsgeschichte noch ungeklärt: Was taten zu Überprüfende, wenn sie sich daran machten, ihren Ent-

² Siehe etwa Niklas Frank: Dunkle Seele, feiges Maul. Wie skandalös und komisch sich die Deutschen beim Entnazifizieren reinwaschen. Bonn 2016.

nazifizierungsfragebogen auszufüllen? Wie erlebten sie die Herausforderung, gegenüber den Prüfinstanzen Auskunft über ihre Vergangenheit ablegen zu müssen? Welche institutionelle, aber auch lebensweltliche Kommunikation lösten die sich vielfach Jahre hinziehenden Prüfverfahren aus? In welcher Weise kam dabei die nationalsozialistische Vergangenheit der Betroffenen zur Sprache? Was teilten sie hierüber selbst den Prüfinstanzen mit? Was nicht? Und warum eben dies?

Um solche Fragen kreist meine Untersuchung der Entnazifizierung.³ In ihrem Zentrum stehen die von mir „Entnazifizierungsgeschichten“ genannten Ausführungen, mit denen sich die zu Überprüfenden gegenüber den Prüfinstanzen zu rechtfertigen suchten. Ich interessiere mich dabei ebenso dafür, wie die Verfahrensbetroffenen ihre NS-Vergangenheit beschrieben, als auch dafür, wie diese spezifischen Vergangenheitsdeutungen im Rahmen der Entnazifizierung entstanden und welche Wirkung sie in den Prüfverfahren, aber auch darüber hinaus entfalteten. Diese Fragen eröffnen eine andere Perspektive auf die politische Überprüfung der ersten Nachkriegsjahre, aus der sich ein anderes Bild der Entnazifizierung ergibt. Diese wird sichtbar als ein zentraler Ort der frühen Nachkriegszeit, an dem massenhaft lebensgeschichtliche Erzählungen entstanden, mit denen sich die Deutschen auch über das Ende der Prüfungen hinaus in Distanz zum Nationalsozialismus setzten.

2

Dieses Bild der Entnazifizierung ist erkläruungsbedürftig; nicht nur mit Blick auf bestehende Forschungsthesen, sondern auch, weil zeitgenössisch gar nicht intendiert war, dass die politische Personalüberprüfung ein Ort der Deutung und Verhandlung individueller NS-Vergangenheiten sein sollte.⁴ Dass Historiker:innen in ihr heute dennoch vielfach „ein pädagogisches Konzept“ erkennen und sie als alliiertes „Mittel der moralischen Umerziehung“ verstehen, mit dem den Deutschen der Nationalsozialismus ausgetrieben werden sollte, erklärt sich nicht zuletzt aus der unscharfen Bedeutung, die dem Begriff Entnazifizierung innenwohnt.⁵ Denn der im Kontext der alliierten Nachkriegsplanungen 1943/44 entstandene Begriff ‚denazification‘ meinte im Nachkrieg zweierlei. In einer breiten Auslegung wurde er als Überbegriff für sämtliche Maßnahmen zur Entfernung der personel-

³ Leßau: Entnazifizierungsgeschichten.

⁴ Vgl. ausführlich zum Folgenden Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 49–54.

⁵ Christiane Deussen: Erinnerung als Rechtfertigung. Autobiographien nach 1945: Gottfried Benn, Hans Carossa, Arnolt Bronnen. Tübingen 1987, S. 15f.

len, materiellen und ideellen Überbleibsel des Nationalsozialismus gebraucht. In diesem Sinne war ‚Entnazifizierung‘ weitgehend gleichbedeutend mit der Demokratisierung der Deutschen, die sich die alliierte Besatzung insgesamt zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht hatte.

Die institutionalisierte Überprüfung der Deutschen auf ihre Rolle im Nationalsozialismus, die Entnazifizierung im engeren Sinne, sollte diesem breiten Ziel hingegen nur in vermittelter Weise dienen. Mit ihr verbanden die alliierten Besatzer vielmehr einen sicherheitspolitischen Zweck: Die Überprüfungen sollten den mit anderen Maßnahmen betriebenen Aufbau der Demokratie absichern helfen, indem sie sicherstellten, dass verbliebene Nationalsozialisten diesen nicht entscheidend stören konnten. Solche Personen sollten dafür präventiv aus einflussreichen beruflichen und öffentlichen Stellungen entlassen werden. Zu ihrer Identifizierung hatten die alliierten Planungsstäbe noch 1944 einen Fragebogen entwickelt, der detaillierte Informationen vor allem zu Mitgliedschaften und Engagement in NS-Organisationen sowie zu beruflichen Karrierewegen im Nationalsozialismus erheben und Besetzungsoffizieren Entscheidungen über die Belassung oder Entlassung von einzelnen Personen in ihren beruflichen Stellungen ermöglichen sollte.⁶

An erläuternden Angaben, mit denen sich etwa die Gründe für Eintritte und das Mitwirken in NS-Organisationen im Einzelfall erklären ließen, waren die Besatzer dezidiert nicht interessiert. Ihr Kalkül lag vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die sie nach der Besetzung Siziliens mit der dortigen, vielfach chaotischen ‚Entfaschisierung‘ gemacht hatten, auf einer schematischen Auswertung der gegebenen Antworten. Die einzelnen Fragen des Fragebogens waren dafür von den alliierten Nachkriegsplanern mit sogenannten Belastungskriterien verbunden worden, die unmittelbar Konsequenzen nach sich zogen. Dieses Verfahren machte Einzelfallprüfungen unnötig, indem die Identifizierung von in diesem Sinne ‚belasteten‘ Personen automatisch eine Entlassung aus beruflichen Ämtern und Stellungen nach sich zog. Nur in Grenzfällen wurde die Entscheidung über Ent- oder Belassung den Besetzungsoffizieren vor Ort überlassen. Auf diese Weise prüften allein bis Ende November 1945 die amerikanischen Besatzungsstellen über 780 000 Personen auf ihre NS-Vergangenheit, ordneten in mehr als 160 000 Fällen die sofortige Entlassung an und reichten weitere 60 000 Fälle zur Entscheidung an die zuständigen Besetzungsoffiziere weiter. In der britischen Zone waren

⁶ Siehe zum Fragebogen jetzt auch Mikkel Dack: Everyday Denazification in Postwar Germany. The Fragebogen and Political Screening during the Allied Occupation. Cambridge u. a. 2023.

es im gleichen Zeitraum 70 000 Personen, die ihre berufliche Stellung verloren und 40 000, denen eine Neuambilanz versagt wurde.⁷

Dieses Verfahren war effizient, stieß jedoch bei den Deutschen auf Widerspruch. Vor allem ließen sich etliche Verfahrensbetroffene nicht auf die ihnen zugedachte Rolle als Faktenlieferanten in eigener Sache beschränken. Sie wollten nicht nur die geschlossenen Fragen der Fragebögen beantworten, sondern den alliierten Prüfer:innen die jeweiligen Motive, Zwangslagen und Lebensumstände begreiflich machen, die in ihrem Fall etwa dazu geführt hätten, der NSDAP beizutreten oder ein Amt in anderen NS-Organisationen zu übernehmen. Von Beginn an erreichten die im Sommer 1945 geschaffenen Prüfgremien deshalb Schreiben, in denen sich zu Überprüfende ausführlicher zu ihrer Vergangenheit im Nationalsozialismus erklärten, als sie es sollten. Die Schreiben wurden dem Fragebogen beigelegt oder im weiteren Verfahrensverlauf nachgereicht, fast immer gingen sie jedoch auf die Initiative der Verfahrensbetroffenen zurück. Die Chance, sich zu erklären, ergriffen viele. In Nordrhein-Westfalen etwa war es jeder dritte zu Überprüfende.⁸

Das in ihren Schreiben für die Prüfstellen sichtbar werdende Bedürfnis, sich ausführlicher erklären zu wollen, korrespondierte seit Herbst 1945 mit einer lauter werdenden öffentlichen Kritik an der Entnazifizierung, die deren Ziel nicht in Frage stellte, aber ihren Schematismus beklagte. Ein solcher sei nicht nur einer neuen Demokratie unwürdig. Tatsächliche Belastungen, so das Argument, ließen sich auf diese Weise überhaupt nicht erkennen, sondern benötigten Einzelfallprüfungen, die Umstände und Motive der Betreffenden in Rechnung stellten.

Beides, das Verhalten der Betroffenen und die breite öffentliche Kritik, waren ausgesprochen folgenreich für die Entnazifizierung. Sie trugen entscheidend dazu bei, dass sich der Charakter der Prüfung im zweiten Nachkriegsjahr durch eine Individualisierung der Verfahren nachhaltig änderte.⁹ Neue Rechtsgrundlagen legten in allen westlichen Besatzungszonen fest, dass nicht länger allein ‚formale Belastungen‘ in der standardisierten Fragebogenauswertung festgestellt wurden, sondern diese gegen die Besonderheiten des jeweiligen Falls abgewogen werden konnten – sofern die Betroffenen solche Informationen einbrachten.

⁷ Vgl. die Zahlen zur US-Zone bei Clemens Vollnhals (Hg.): Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München 1991, S. 13; zur britischen Zone bei Ian Turner: Denazification in the British Zone. In: Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones 1945–55, hg. v. dems. Oxford u. a. 1989, S. 263.

⁸ Zur Anzahl und dem Profil der schreibenden Verfahrensbetroffenen in Nordrhein-Westfalen siehe Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 206–213.

⁹ Vgl. hierzu ausführlich etwa Vollnhals (Hg.): Politische Säuberung und Rehabilitierung.

Die verbreitete Vorstellung der Entnazifizierung als *Reeducation*, bei der die alliierten Entnazifizierer den Deutschen mit pädagogischen Absichten gegenübertraten, derer diese sich verweigerten, geht insofern fehl: Es waren die Deutschen, die mit ihrem Bestreben, sich ausführlicher für die eigene Vergangenheit zu rechtfertigen, aus der Entnazifizierung erst ein Verfahren machten, in dem personelle NS-Vergangenheiten nicht einfach nach einem festen Raster erhoben und sanktioniert, sondern kommunikativ erörtert und verhandelt wurden. Dass sich an ihrer Überlieferung heute Fragen nach dem Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Nachkrieg untersuchen lassen, ist also auf die zu Überprüfenden zurückzuführen, was einen genauen Blick auf deren mit der Entnazifizierung verknüpften Verhaltensweisen, Wahrnehmungen und Erfahrungen umso wichtiger macht.

3

Wie also glaubten sich die Deutschen, und unter ihnen gerade die stark ‚belasteten‘ Personen, in der Entnazifizierung gegenüber den Prüfinstanzen für ihre NS-Vergangenheit erklären zu können? Betrachtet man die Texte genauer, die zu Überprüfende Entnazifizierungsstellen vorlegten, fällt vor allem deren biografische Erzählweise auf. Häufig zeigt sich dies bereits an den sprechenden Titeln der Eingaben wie „Meine politische Vergangenheit“, „Politischer Werdegang“ oder „Mein Lebenslauf“.¹⁰ Und auch ihr Inhalt beschränkte sich fast ausschließlich auf Erzählungen aus dem eigenen Leben vor und im Nationalsozialismus. Häufig standen dabei ausführlich geschilderte Einzelepisoden aus der eigenen Vergangenheit im Mittelpunkt, die einen anschaulichen Eindruck der eigenen Biografie geben sollten. „Das ist mein Leben als Mensch vom 21. Lebensjahr [an] gewesen“, beschrieb ein Verfahrensbetroffener abschließend treffend den nicht nur seine Entnazifizierungseingabe bestimmenden Anspruch einer umfassenden Lebensschilderung.¹¹ Die schon zeitgenössisch als ‚Persilscheine‘ verschrienen Leumundszeugnisse Dritter

¹⁰ Begleitschreiben zum Fragebogen, 22.07.1947 („Vergangenheit“). In: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW, Abt. R), NW 1002-L-38297; Begleitschreiben zum Fragebogen, 08.05.1946 („Werdegang“). In: LAV NRW, Abt. R, NW 1071-1129; Gesuch um Wieder-einstellung, 18.04.1947 („Lebenslauf“). In: LAV NRW, Abt. R, NW 1094-POLIZEI-93.

¹¹ Begleitschreiben zum Fragebogen, 26.02.1947. In: LAV NRW, Abt. R, NW 1057-Econ/7-4550.

fügten sich mit ihren nicht weniger biografisch ausgerichteten Schilderungen über die zu Überprüfenden nahtlos in diese Perspektive ein.¹²

Die herausragende Rolle, die biografisches Erzählen in den Entnazifizierungsgeschichten einnahm, ist nicht selbstverständlich. Gerade weil die von der Entnazifizierung Betroffenen selbst entschieden, ob und welche ergänzenden Eingaben sie dem Fragebogen beilegten, hätten sie sich auch anders rechtfertigen können; mit allgemeinen politischen Erörterungen zum Nationalsozialismus etwa oder durch das Bejahren der Alliierten und des demokratischen Nachkriegsdeutschlands. Auch damit hätten zu Überprüfende Distanz zum NS-Regime behaupten und hoffen können, mögliche Sanktionen zu umgehen. Doch stattdessen verfassten sie praktisch ausnahmslos „umfänglich[e] biografisch[e] Eingabe[n]“ mit „langwierige[n] und umständliche[n] Lebensschilderungen“, wie Lutz Niethammer bereits in den 1970er Jahren feststellte.¹³

Dennnoch hat die Entnazifizierungsforschung dieser spezifischen Schreibperspektive bisher wenig Interesse entgegengebracht. Schon Niethammer erkannte in den biografischen Details der Texte nicht mehr „als erschreckende oder amüsante Arabeske[n]“, aus denen „lauter Jämmerlichkeit“ spreche.¹⁴ Er bemühte sich deshalb, in ihrer vergleichenden Lektüre übergreifende „Entlastungsargumente“ zu identifizieren, mit denen sich die Verfahrensbetroffenen rechtfertigten.¹⁵ Seine Beobachtung, dass ein Großteil der Entnazifizierungseingaben durch ein ausgesprochen enges Set an wiederkehrenden Argumenten bestimmt war, wurde in der Folge nicht nur mehrfach bestätigt.¹⁶ Sie legte die Basis für eine allgemeine Bewertung der Entnazifizierungseinlassungen als „stereotyp“ und unaufrichtig. Verfahrensbetroffene hätten in ihnen versucht, sich mit den „üblichen Erklärungen“ zu rechtfertigen, hätten auf „Klisches“ und „beliebt[e] Argument[e]“ zurückgegriffen und damit nicht einmal den „Versuch einer ehrlichen Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit“ unternommen.¹⁷

¹² Zur erzählerischen Perspektive der Leumundszeugnisse siehe Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 180–191.

¹³ Lutz Niethammer: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. Frankfurt a. M. 1972, S. 607.

¹⁴ Niethammer: Entnazifizierung in Bayern, S. 538 („Arabesken“), S. 607 („Jämmerlichkeit“).

¹⁵ Niethammer: Entnazifizierung in Bayern, S. 609–613.

¹⁶ Siehe als Beispiel die Studie von Elmar Ettle: Entnazifizierung in Eichstätt. Probleme der politischen Säuberung nach 1945. Frankfurt a. M. 1985.

¹⁷ Niethammer: Entnazifizierung in Bayern, S. 610 („stereotyp“); Hans Hesse: Konstruktionen der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945–1953. Bremen 2005, S. 269 („üblichen“); Christine Arbogast: Herrschaftsinstanzen der württembergischen

Der Befund ist nicht zu bestreiten, seine Auslegung allerdings schon. Denn die beobachteten Ähnlichkeiten in den Texten sind wenig überraschend, wenn man sich verdeutlicht, dass alle Betroffenen ja auf die gleichen Fragen antworten mussten. Dass ihre biografischen Darstellungen in den Eingaben am Ende auf ähnliche Argumente hinausliefen, ist insofern kaum überraschend, zumal das quantifizierende Zusammenfassen ähnlicher Begründungen durch die Entnazifizierungsforschung in Anteilswerte (bei Niethammer: „wirtschaftliche oder beamtenrechtliche Gründe“: 27 Prozent; „passiv“ gewesen, „anständig verhalten“: 17 Prozent; „unreif oder Idealist“: 10 Prozent; „habe zur Kirche gehalten“ und „habe NS-Verfolgten geholfen“: je 8 Prozent), noch weiter dazu beitrug, im Detail bestehende Unterschiede zu übergehen und die Entnazifizierungseingaben einander ähnlich zu machen.¹⁸

Vor allem ist aber wichtig, dass die Entnazifizierungsgeschichten ihre distanzierende Qualität im Nachkrieg nicht aus dem Rückgriff auf typische Entschuldigungsgründe, sondern aus dem Betonen des Individuellen, dem Spezifischen der jeweiligen Lebensschilderung gewannen. Verständlich wird dies vor dem Hintergrund einer bei Kriegsende aufkommenden und schnell an Popularität gewinnenden Vorstellung vom Nationalsozialismus, die nicht zuletzt durch die Alliierten selbst verbreitet wurde.¹⁹ In Gegenüberstellung zu ihrem eigenen Gesellschaftssystem erschien ihnen der Nationalsozialismus als kollektivierendes Zwangssystem, das seinen unbegrenzten Machtanspruch auf alle Lebensbereiche ausgedehnt und damit keinen Raum für individuelles, selbstbestimmtes Leben gelassen habe. Dass das NS-Regime tatsächlich nicht allein durch Terror, sondern insbesondere durch gesellschaftliche Mobilisierung geherrscht hatte, hatte in dieser Vorstellung ebenso wenig Platz wie der Umstand, dass die Attraktivität des Nationalsozialismus für viele Deutsche gerade darin bestanden hatte, im Rahmen der NS-Politik eigene Lebenspläne verfolgen zu können.

Doch eben deshalb war nach 1945 die Deutung des Nationalsozialismus als ‚totalitäre Diktatur‘ für viele Deutsche ausgesprochen attraktiv. Mit ihr ließen sich jegliche Formen von Individualität während der NS-Herrschaft als Beleg dafür ausgeben, dass man sich dem Zugriff des Regimes erwehrt und ‚widerstanden‘ habe. Das Erzählen vom eigenen Leben und seinen Besonderheiten erfüllte genau diesen Zweck: Es schrieb den Verfahrensbetroffenen in der Entnazifizierung Indi-

NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920–1960. München 1998, S. 221 („Klischees“), S. 224 („beliebtes“), S. 233 („Versuch“).

¹⁸ Niethammer: Entnazifizierung in Bayern, S. 610.

¹⁹ Zum Folgenden ausführlich Moritz Föllmer: Individuality in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall. Cambridge u. a. 2013, S. 156–211.

vidualität zu und setzte sie vor dem Hintergrund des nach 1945 rasch allgemein geteilten Bildes des ‚totalitären‘ NS-Regimes in Distanz zum Nationalsozialismus. Biografisches Erzählen trug damit maßgeblich zum konkreten Ziel der Betroffenen in ihren Prüfverfahren bei: sie mit möglichst wenigen Sanktionen zu überstehen.

Allerdings greift es zu kurz, die Entnazifizierungsgeschichten alleine auf diese Funktion zu reduzieren. Sie waren nicht nur strategische Texte, sondern ebenso Ausdruck einer ernsthaften Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit, die auch über die Entnazifizierung hinaus Bedeutung entfalteten. Die Hinweise darauf sind zahlreich und betreffen alle Etappen der Prüfprozedur. Tagebücher, Arbeitsnotizen und Briefwechsel etwa zeigen, dass bereits das Ausfüllen des Fragebogens zur Reflexion der eigenen Biografie und Rolle im Nationalsozialismus herausfordern konnte. Ein Beispiel hierfür ist ein Lehrer aus Hattingen im Ruhrgebiet, der beim Ausfüllen seines Fragebogens bei der Frage nach möglicher politischer Rednertätigkeit zögerte. Der Lehrer war unsicher, ob hierzu auch jene Vorträge zu zählen waren, die er in den 1930er Jahren im Rahmen des NS-Lehrerbundes über pädagogische Fragen gehalten hatte. Er sprach deshalb mit unterschiedlichen Personen über diese Frage, die ihn in der Einschätzung verstärkten, in diesen keine politischen Reden zu sehen und sie folglich auch nicht im Fragebogen anzugeben. Auf einem Notizzettel, auf dem er vermerkte, was er in Erfahrung bringen konnte, resümierte er entsprechend: „Daher notiere ich: Keine Reden und Veröffentlichungen“, was er im Fragebogen mit einem schlichten „keine“ auch tat.²⁰

Die Vorträge in dieser Weise nachträglich zu einem unbedenklichen Aspekt der eigenen Berufsbiografie zu erklären, fügte sich nahtlos in das Ziel, die eigene Überprüfung ohne Sanktionen bestehen zu wollen. Dies konnte auch der Hattinger Lehrer antizipieren. Doch entscheidend ist, dass er sich nicht einfach aus dieser strategischen Erwägung heraus entschloss, die Frage zu verneinen. Vielmehr hatte er zu klären versucht, ob die Antwort in seinem Fall auch richtig war. Er hatte sich an frühere Tätigkeiten im NS-Lehrerbund erinnert und anschließend mit anderen darüber nachgedacht, wie diese im Rückblick entsprechend zu bewerten seien. Selbst hinter unscheinbaren Antworten im Fragebogen, so zeigt das Beispiel, konnten sich biografische Reflexionen verbergen, mit denen sich Verfahrensbetroffene auch selbst Antworten über sich gaben. Insofern sollten die oftmals knappen Antworten der Entnazifizierungsfragebögen nicht vorschnell dazu

²⁰ Tagebuch 1945, eingelegter Zettel Sommer 1945. In: Stadtarchiv Hattingen, Dep. VII/32; Fragebogen, o. D. In: LAV NRW, Abt. R, NW 1098-352.

verleiten, im Ausfüllen des Fragebogens nurmehr eine „lästige Pflicht“ zu sehen.²¹ Auch hinter ihnen lassen sich biografische Selbstentwürfe vermuten, auch wenn diese, ohne ergänzendes Material, nicht zu erkennen sind.

Wo Verfahrensbetroffene sich hingegen ausführlicher äußerten, wird die Ernsthaftigkeit ihrer Beschäftigung mit der eigenen NS-Vergangenheit genauer greifbar, solange man sich nicht auf eine sachliche Überprüfung einzelner Entnazifizierungsgeschichten beschränkt. Aufschlussreicher ist es, ihre argumentativen und sprachlichen Eigenheiten genauer zu betrachten.²² Rekonstruiert man etwa in vergleichender Lektüre ihr Themenspektrum, lässt sich zeigen, dass so fragwürdig die Beschreibungen individueller NS-Vergangenheiten im Einzelnen unbestritten sind, diese Texte dennoch in entscheidendem Maße von Erfahrungen bestimmt waren, die die Verfasser:innen im Nationalsozialismus gemacht hatten. Wovon die Verfahrensbetroffenen in ihren schriftlichen Eingaben an die Prüfstellen berichteten, war maßgeblich durch den Fragebogen bestimmt. In der Regel waren Entnazifizierungsschreiben als Ergänzungen zum Fragebogen konzipiert, so dass dessen Fragehorizont in starkem Maße lenkte, welche Ereignisse und Probleme in ihnen zur Sprache kamen. Stark verallgemeinert rückte dieser dabei vor allem die Mitarbeit und Mitgliedschaft in NS-Organisationen sowie die berufliche Laufbahn der zu Überprüfenden in den Blick.

Liest man die Entnazifizierungseingaben vor diesem Hintergrund, ist besonders aufschlussreich, welche weiteren Fragen und Probleme aus dem Nationalsozialismus in ihnen zur Sprache kamen, die der Fragebogen nicht adressierte. Besonders auffällig ist dabei die häufige Thematisierung des Gebrauchs nationalsozialistischer Symbole: das (Nicht-)Tragen von Uniformen, das (Nicht-)Hissen der Hakenkreuzflagge, die Anwendung des deutschen Grusses, Verhalten bei Geldsammlungen für nationalsozialistische Organisationen oder die (Nicht-)Teilnahme an NS-Versammlungen und anderen Propagandaveranstaltungen. Nach all diesen Dingen fragte der Fragebogen nicht. Überhaupt scheint der Aussagewert der Frage, ob jemand sein Parteiaabzeichen öffentlich getragen hat, für eine Bewertung seiner Rolle im Nationalsozialismus eher gering.²³ Warum brachten Verfahrensbetroffene in der Entnazifizierung dann eben dies dennoch so häufig zur Sprache und maßen entsprechenden Schilderungen in ihren Texten selbst viel Gewicht zu?

²¹ Frederick Taylor: Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944–1946. Berlin 2011, S. 333.

²² Ausführlich hierzu Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 234–267.

²³ Ausführlich hierzu Janosch Steuwer und Hanne Leßau: „Wer ist ein Nazi? Woran erkennt man ihn?“ Zur Unterscheidung von Nationalsozialisten und anderen Deutschen. In: Mittelweg 36 23.1 (2014), S. 30–51.

Diese Frage beantwortet sich erst mit einem Rückblick auf die Zeit vor 1945.²⁴ Mit der Herausforderung, ein eigenes Verhältnis zum Nationalsozialismus zu bestimmen, waren die Deutschen natürlich nicht erst im Nachkrieg konfrontiert. Vielmehr hatte das NS-Regime von Beginn an auf die Unterstützung gedrängt und diejenigen Teile der Gesellschaft, die ihm als Deutsche galten, immer wieder dazu angehalten, öffentlich Zugehörigkeit zum Nationalsozialismus zu bekunden. Politische Symbole hatten hierbei eine herausragende Rolle gespielt. Mit ihnen sollte öffentlich die eigene Zuordnung ausgewiesen werden und ließ sich durch das Regime, aber auch durch Bekannte oder Arbeitskolleg:innen abschätzen, wie sich jemand seit 1933 zum NS-Regime positionierte. Sich mit den Symbolen des Nationalsozialismus als Unterstützer zu zeigen oder andere daran als solche zu identifizieren, bildete eine fundamentale Erfahrung aller Deutschen gerade der ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur. Und genau dieses Problem reaktivierte die politische Überprüfung nach 1945 für die Verfahrensbetroffenen: Sie ordneten das in der Entnazifizierung aufgeworfene Problem nach der eigenen Rolle im Nationalsozialismus in diesen Erfahrungszusammenhang der Positionierung zum Nationalsozialismus ein und griffen in ihren Erklärungen auf jene Erfahrungen zurück, die sie selbst mit diesem Problem nach 1933 gemacht hatten.

Wie stark die während der NS-Diktatur erprobten Praktiken der Positionierung ihren Nachklang in den Entnazifizierungsgeschichten fanden, wird nicht nur an der Präsenz nationalsozialistischer Symbole, sondern auch an anderen Eigenheiten der Entnazifizierungseingaben deutlich. Am starken Fokus der Erzählungen auf die Frühphase der NS-Diktatur etwa, in der die Frage nach einer eigenen Haltung zum Regime besonders virulent gewesen war. Und auch an ihren heute besonders offensichtlichen Leerstellen: dem weitgehenden Schweigen gegenüber Gewalt, Krieg und Holocaust. Sicherlich schwiegen Verfahrensbetroffene, die an Kriegs- und anderen Verbrechen beteiligt gewesen waren, um keine belastenden oder strafrechtlich relevanten Informationen preiszugeben.²⁵ Doch *erstens* traf dies auf die meisten zu Überprüfenden nicht zu. Und *zweitens* lässt sich mit diesem Argument nicht erklären, warum auch jene nationalsozialistischen Massenverbrechen in den Entnazifizierungsgeschichten keine Erwähnung fanden, die in den ersten Nachkriegsjahren noch gar nicht als nationalsozialistisches Unrecht betrachtet wurden: die Verfolgung von Asozialen und Homosexuellen etwa, die Euthanasie-Verbrechen oder der Zwangsarbeitereinsatz.

²⁴ Vergleiche zum Folgenden ausführlich Janosch Steuwer: „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939. Göttingen 2017.

²⁵ Vgl. hierzu die Beispiele bei Christina Ullrich: „Ich fühl' mich nicht als Mörder!“ Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft. Darmstadt 2011.

Schaut man sich die insgesamt wenigen Fälle an, in denen Verfahrensbetroffene über nationalsozialistische Gewalt sprachen, zeigt sich, dass das Sprechen und Schweigen über dieses Thema spezifisch ist.²⁶ So fand die antisemitische Gewalt der 1930er Jahre, antijüdische Boykotte und insbesondere das Novemberpogrom 1938, durchaus Erwähnung, während die vernichtende Gewalt des Holocaust praktisch gänzlich ausgespart blieb. Auch dies erklärt sich erfahrungsgeschichtlich. Die antisemitische Straßengewalt der Vorkriegsjahre war vom NS-Regime bewusst in aller Öffentlichkeit vollzogen worden, um nicht-jüdische Deutsche aufzufordern, sich zu ihr zu verhalten.²⁷ Sie sollten sich an der gesellschaftlichen Ausgrenzung derjenigen Personen beteiligen, die mit der Gewalt als ‚Feinde‘ und ‚Gegner‘ markiert wurden. Damit war die antisemitische Gewalt der Vorkriegszeit Teil der politischen Positionierungsprozesse gewesen, auf die sich die Entnazifizierungsgeschichten unmittelbar bezogen. Die vernichtende Gewalt des Holocaust hingegen war zwar in Form von Gerüchten und Straßengesprächen öffentlich verhandelt worden. Aber bei ihr hatte das NS-Regime die Deutschen bewusst zu stillen Mitwisser:innen gemacht.²⁸ Das andeutungsvolle Wissen um die Judenvernichtung, das sich 1942/43 in Deutschland verbreitete, beinhaltete keine vergleichbare Aufforderung zur offenen Stellungnahme und betraf damit während des Nationalsozialismus auch nicht die Frage, wie man sich öffentlich zum NS-Regime stellte. Deshalb lag es für die Verfahrensbetroffenen fern, auf diese Gewalt zu sprechen zu kommen, als sie sich nach 1945 erneut vor der Notwendigkeit sahen, ihr eigenes Verhältnis zum Nationalsozialismus zu beschreiben.

Gerade an dem aus heutiger Sicht so besonders skandalösen Schweigen der Entnazifizierungsgeschichten über die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen dokumentiert sich insofern, wie fehl es geht, die Eingaben der Verfahrensbetroffenen allein als strategisch geschickte und auf die konkreten Anforderungen der Prüfverfahren hin verfasste Texte zu begreifen. Gerade aus dieser Perspektive hätte es im Nachkrieg ja nahe gelegen, sich mit deutlichen Worten von der genozidalen Gewalt des Nationalsozialismus zu distanzieren. Doch dem standen Erfahrungen entgegen, die die Betroffenen während der NS-Diktatur gemacht hatten, und die ihren Blick über das Kriegsende hinaus prägten. Problematisch sind die offenkundig lückenhaften und inkongruenten Schilderungen der

²⁶ Ausführlich hierzu Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 253–265.

²⁷ Vgl. hierzu Michael Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007.

²⁸ Vgl. hierzu Frank Bajohr: Vom antijüdischen Konsens zum schlechten Gewissen. Die deutsche Gesellschaft und die Judenverfolgung 1933–1945. In: Ders. und Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006, S. 55–79.

zu Überprüfenden über ihre NS-Vergangenheit insofern nicht einfach deshalb, weil diese massenhaft logen und phantasierten.²⁹ Das zentrale Problem bildete vielmehr, dass ihre uns heute skandalös erscheinenden Texte in bestimmten Erfahrungen des Nationalsozialismus verhaftet blieben, die die Verbrechen des Nationalsozialismus ebenso an den Rand rückten wie die aktive Teilhabe des Einzelnen an der Diktatur. Dies ändert natürlich nichts daran, dass die Entnazifizierungseingaben die NS-Vergangenheit ihrer Verfasser:innen nur unzureichend wiedergeben und als Quellen für die NS-Zeit in hohem Maße fragwürdig sind. Aber begreift man die Entnazifizierungsgeschichten als das, was sie zunächst einmal darstellen – rückblickende Einlassungen aus der Nachkriegszeit –, ist es wichtig, diese Fragwürdigkeiten nicht als Ausdruck von bewusster Manipulation misszuverstehen. Tatsächlich ist es viel schlimmer: Ihr Problem besteht gerade darin, dass sie Verfahrensbetroffenen, aber auch den Prüfer:innen der Entnazifizierung durch Erfahrungen plausibel erschienen, die sie 1933/34 bei der Positionierung zum NS-Regime gemacht hatten.³⁰

4

Dass Verfahrensbetroffene ihre Entnazifizierungsgeschichten tatsächlich glaubten, lässt sich schließlich auch erkennen, wenn man den Blick über die amtliche Überlieferung der Entnazifizierung hinaus weitet und private Quellen von Überprüften hinzuzieht: Tagebücher, Korrespondenzen, Entwurfsschreiben oder Notizzettel, in denen über die (eigene) Entnazifizierung gesprochen wurde. In ihnen lässt sich vielfach beobachten, dass die für den Zweck der Prüfung entworfenen Vergangenheitsdeutungen auch in unterschiedlichen privaten Kontexten aufgerufen und aufrechterhalten wurden.

Ein Beispiel hierfür ist die massenhafte Kommunikation um Leumundszeugnisse, die die Entnazifizierung auslöste.³¹ Anders als in der Literatur vielfach kolportiert waren ‚Persilscheine‘ für die Verfahrensbetroffenen nicht nahezu beliebig erhältlich oder gar gegen Geld einfach zu kaufen. Für die beliebte Vorstellung regelrechter ‚Persilscheinmärkte‘ gibt es keinen belastbaren Beleg.³² Tatsächlich

²⁹ Zur Rolle von Falschaussagen ausführlich Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 101–119.

³⁰ Zur Bedeutung dieser Erfahrungen für die Entscheidungsfindung siehe Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 358–373.

³¹ Ausführlich zur Praxis der Leumundszeugnisse siehe Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 133–179.

³² Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 139f.

mussten zu Überprüfende um Zeugnisse bei (ehemaligen) Nachbar:innen, Arbeitskolleg:innen oder anderen persönlich Bekannten bitten und damit bei Personen, die ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus kannten und eine eigene Sicht darauf hatten. Soziale Nähe wirkte sich dabei keineswegs als Ressource aus, die sich im Sinne freundschaftlicher Gefälligkeiten aktivieren ließ. Verfahrensbetroffene erlebten das Ersuchen um eine Bescheinigung als ebenso unangenehm wie in seinem Ausgang als unabsehbar. Tatsächlich bot die soziale Nähe zwischen zu Überprüfenden und (potenziellem) Leumundszeugen großes Potential für Konflikte, wie die vielfach überlieferte briefliche Korrespondenz um Leumundszeugnisse zeigt. Um Zeugnisse gebetene Personen unterstrichen immer wieder, dass sie nicht bereit waren, ihren Namen für irgendwelche Erzählungen über die NS-Vergangenheit ihrer Freund:innen und Bekannten herzugeben. Sie markierten offen, dass ihre Zeugenbereitschaft enge Grenzen hatte, und sie aus eigener Anschauung vertreten können wollten, was sie gegenüber den Entnazifizierungsstellen bestätigten.

In dieser Konstellation war es für die Verfahrensbetroffenen die beste Strategie, ihrem potenziellen Leumundszeugen jene Episoden aus der gemeinsamen Vergangenheit, die sie bezeugt haben wollten, durch ausführliches Erzählen in Erinnerung zu rufen und zu hoffen, damit indirekten Einfluss auf die Gestalt der Leumundsschreiben zu entfalten. Die Suche nach Leumundszeugnissen provozierte so millionenfache Gespräche über die NS-Vergangenheit, in denen die Verfahrensbetroffenen gegenüber Freund:innen, Bekannten und Kolleg:innen die gleichen Erzählungen über ihre Rolle im Nationalsozialismus vertraten wie gegenüber den Entnazifizierungsstellen. Darin unterschied sich die Kommunikation um Leumundszeugnisse auch nicht von den sonstigen Gesprächen oder biografischen Reflexionen, die die Entnazifizierung bei vielen Verfahrensbetroffenen im Privaten auslöste. Soweit sie durch Briefe, Tagebücher oder andere persönliche Aufzeichnungen greifbar und mit Schilderungen aus Entnazifizierungsakten vergleichbar werden, zeigt sich, dass die Schilderungen über die eigene Vergangenheit übereinstimmten. Wenn das eigene Verhältnis zum Nationalsozialismus in privaten Kontexten des Nachkriegs zum Thema wurde, riefen Verfahrensbetroffene jene Vergangenheitsdeutungen auf, die sie in der Entnazifizierung entworfen hatten.

Diese Beobachtung lässt sich auch noch für spätere Jahrzehnte anstellen, wenn man Schilderungen aus der Entnazifizierung mit autobiografischen Texten von Überprüften vergleicht. Friedrich Lodemann etwa, ein Elektroingenieur, der im Nationalsozialismus im Essener Werk der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft

gearbeitet hatte und nach dem Krieg ein aufwändiges Entnazifizierungsverfahren durchlief, verfasste in den 1960er Jahren eine Autobiografie.³³ In ihr widmete er sich ausführlich dem eigenen Verhältnis zum Nationalsozialismus, über die er seinen Söhnen Rechenschaft ablegen wollte. Seine vor ein paar Jahren aus dem Nachlass heraus veröffentlichte Schrift *Der große Irrtum* ist ein herausforderndes Dokument: Auf der einen Seite verweist bereits der Titel auf eine betont selbstkritische Haltung, die der Autor zwei Jahrzehnte nach Kriegsende zu seiner Vergangenheit einnahm. Lodemann schrieb, um sich zu befragen, welchen Beitrag er persönlich zum Nationalsozialismus und zu dessen schlimmsten Verbrechen, der Judenverfolgung, geleistet hatte und ging dabei immer wieder sehr hart mit sich ins Gericht. In diesem Bestreben hatte – auf der anderen Seite – seine zwei Jahrzehnte zuvor in der Entnazifizierung entworfene Lebensdeutung ihren festen Platz. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass Lodemann in seiner Autobiografie mehrfach aus seiner Entnazifizierungsakte und den Texten zitierte, die er dem Entnazifizierungsausschuss vorgelegt hatte. Überhaupt blieb seine Suche nach den eigenen Irrtümern der Vergangenheit durch die Fragen und Perspektiven der Entnazifizierung geprägt. Der Frage, warum er in die NSDAP eingetreten sei, maß er so auch noch in den 1960er Jahren herausragende Bedeutung zu und führte bei ihrer Beantwortung auch die gleichen Erlebnisse aus seiner Vergangenheit an, die er schon in seinen Entnazifizierungseingaben geschildert hatte.

Dabei erklärt sich sein Fortschreiben der eigenen Entnazifizierungsgeschichte in der privaten Autobiografie nicht dadurch, dass Lodemann mit seinen Schilderungen in der Entnazifizierung erfolgreich gewesen war. Ganz im Gegenteil hatte er den Ausschuss mit seiner Lebensdeutung nicht überzeugen können und auch sein Berufungsverfahren als einer von wenigen zu Überprüfenden mit relativ harten Sanktionen verlassen, die etwa die Weiterbeschäftigung als Elektroingenieur verhindert hatten.³⁴ Doch dies änderte nichts daran, dass er von der vorgetragenen Sicht auf das eigene Leben auch noch 20 Jahre später überzeugt war. Aus den für die Entnazifizierung entworfenen Erzählungen über das eigene Leben waren Erinnerungen geworden.

³³ Jürgen Lodemann (Hg.): *Der große Irrtum. Die Erinnerungen des NSDAP-Mannes Friedrich Lodemann*. Berlin 2009. Vgl. auch das Beispiel der Autobiografie des einstigen NS-Schriftstellers Gerhard Schumann, der in der Bundesrepublik als rechter Verleger wirkte, im Beitrag von Jens Krumeich in diesem Band.

³⁴ LA NRW, Abt. R., NW 1005-Ü-199.

5

An Fällen wie jenem von Friedrich Lodemann zeigt sich besonders deutlich: Es greift zu kurz, in den schriftlichen Eingaben der zu Überprüfenden allein Rechtfertigungsschreiben zu sehen, die sich an dem strategischen Ziel der Betroffenen – einen Verfahrensabschluss ohne Sanktionen – ausrichteten, und die es dafür mit der Vergangenheit nicht so genau nahmen. Erfüllten diese Schriftstücke auch einen strategischen Zweck, so handelte es sich bei ihnen doch um Texte, in denen sich ihre Autor:innen aus eigenem Antrieb ernsthaft mit dem eigenen Leben auseinandersetzen: um lebensgeschichtliche Erzählungen. Diese Einsicht eröffnet der Forschung Chancen, sich der Entnazifizierung und den in ihr entstandenen Schriftstücken noch einmal neu zu nähern – auch in der Zusammenarbeit von Historiker:innen und Literaturwissenschaftler:innen. Damit ließe sich einiges gewinnen, mahnt die Praxis- und Erfahrungsgeschichte der personellen Überprüfungen doch ein Verständnis der Entnazifizierung an, das die Vorstellung ihres ‚Scheiterns‘ und daran geknüpfte Fragen hinter sich lässt. Tatsächlich fand in den Entnazifizierungsverfahren eine weitaus intensivere und ernsthaftere Beschäftigung mit individuellen NS-Vergangenheiten statt, als heute gemeinhin angenommen wird, und aus der sich neue Perspektiven auf den Übergang 1945 und die Demokratisierung der Deutschen ergeben.

Die Entnazifizierung bildete weit mehr als eine vergangenheitspolitische Hypothek, die in der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik korrigiert werden musste. In der Tat gaben ihre offensichtlichen Defizite einen wichtigen Anstoß für die Entstehung einer kritischen ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in den späten 1950er Jahren. Doch ebenso entstand im Modus der Entnazifizierungsgeschichten in den Prüfverfahren eine bislang kaum genauer erforschte Form der ‚Vergangenheitsbewältigung‘, die betont unkritisch auf die eigene Rolle im Nationalsozialismus schaute, aber dennoch eine ausgesprochen ernsthafte Beschäftigung mit individuellen NS-Vergangenheiten darstellte. Über ihre Bedeutung für die bundesrepublikanische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Hinwendung zur Demokratie wissen wir noch zu wenig. Aber die in der Entnazifizierung entworfenen Erzählungen prägten biografische Selbst- und Lebensdeutungen von Millionen Deutschen auf lange Sicht. Sie nicht als Gegenstück von ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und Demokratisierung, sondern als Teil eines komplizierten Übergangs zwischen Diktatur und Demokratie zu verstehen, ist die Herausforderung, vor der wir stehen.